

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: H. G. Müller. Tel.-Nr.: 18. Pulsnitzer
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Besteller
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anwendung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt
Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Großhübendorf, Bretzow, Hauswalde, Dohn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niedersteina, Geiersdorf, Ehlendorfer, Mittelbach, Großnaundorf, Stichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von G. E. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 279

Freitag, den 30. November 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Die Donnerstag auf dem Londoner Geldmarkt aufgelegte Anleihe der
Stadt München in Höhe von 1.625.000 sechszehnjähriger Sterling-
Bonds ist, wie die meisten deutschen Anleihen auf dem Londoner
Geldmarkt, kurz nach Rechnungsbeginn bereits wieder geschlossen
worden.

Eine große Anzahl italienischer Kommunisten, die die geistigen Urheber
der in den letzten Monaten in Lugano und Bozzen verübten
antifaschistischen Anschläge waren, wurden von der luganesischen
Regierung ausgewiesen, die damit eine Politik der starken Hand
gegen alle staatsfeindlichen Elemente aufnimmt.

Der neue Botschafter in Moskau.

Zum Nachfolger des verstorbenen Grafen Brock-
dorff-Rantzau ist der bisherige Leiter der Ost-
abteilung im Auswärtigen Amt, Dr. Herbert
von Dirksen, zum deutschen Botschafter in
Moskau ernannt und von der Sowjetregierung be-
stätigt worden.

Herbert v. Dirksen ist am 2. April 1882 in Berlin
geboren. Er hat seine Beamtenlaufbahn im preußischen
Verwaltungsdienst begonnen und wurde im Jahre 1918 zur
deutschen diplomatischen Vertretung nach Riew berufen.
Nachdem er in Warschau als Gesandtschaftsrat tätig gewesen
war und wieder im Auswärtigen Amt Dienst getan hatte,
wurde er im Februar 1923 zum Generalkonsul in Danzig
ernannt. Seit diesem Frühjahr ist er mit der Leitung der
Ostabteilung im Auswärtigen Amt betraut gewesen.

Die Ernennung Dirksens zum deutschen Botschafter in
Moskau wird in allen Kreisen, die politisch und wirtschaftlich
an der Entwicklung unserer Ostpolitik interessiert sind,
mit Genugtuung begrüßt werden; denn v. Dirksen ist als
äußerst tüchtiger Diplomat bekannt und zählt zu den besten
Kennern Osteuropas. In Moskau herrscht seiner ein neues
und weites Feld der Tätigkeit. Seinem Vorgänger Graf
Brockdorff-Rantzau war es in sechsjähriger mühevoller und
aufreibender Arbeit geglückt, die ersten Schritte auf dem
Wege einer Annäherung zwischen Deutschland und der
Sowjetregierung zu tun und die bisher erzielten diploma-
tischen Erfolge beruhen nicht zuletzt auf dem persönlichen
Freundschaftsverhältnis, das zwischen ihm und dem russi-
schen Außenminister Litkwinow bestand. Graf Brockdorff-
Rantzau ist mit großer Energie für die Ostorientierung der
deutschen Politik eingetreten, in richtiger Erkenntnis dessen,
daß für die zukünftige wirtschaftliche und politische Sicher-
ung Deutschlands ein gutes Verhältnis mit Rußland eine
der ersten und wichtigsten Voraussetzungen ist, und auch um
den Gefahren, die sich aus der einseitig westlich
orientierten unserer Politik ergeben würden. Das
Zustandekommen des deutsch-russischen Handels-
vertrages ist sein Verdienst und bildet die Grundlage,
auf der sich in Zukunft nähere Beziehungen zwischen den
beiden Ländern anbahnen könnten. Die Richtlinien für die
Fortentwicklung dieser Beziehungen sind von ihm vorge-
zeichnet worden — aber es gilt, noch manche Klippe zu um-
schiffen, manch unerwartet auftretende Schwierigkeit zu
überwinden. Denn die bisher erzielten Erfolge stehen weit
hinter den Erwartungen zurück, die von vielen Seiten in
ungerechtfertigtem Optimismus an die Auswirkung des
deutsch-russischen Handelsvertrages geknüpft wurden. Das
wohl die Sowjetunion eine große Menge ungehobener wirt-
schaftlicher Schätze birgt, die mit unserer Hilfe nutzbar
gemacht werden könnten, so hat es sich gezeigt, daß die Mög-
lichkeit, durch deutsche Lieferungen und Arbeit die Entfal-
tung des russischen Wirtschaftslebens zu fördern, infolge der
im Sowjetstaat herrschenden Verhältnisse vorläufig noch sehr
begrenzt ist. Die Hauptursache dafür ist nicht allein das
russische Außenhandelsmonopol, das den Privathandel in
der Sowjetunion einschließt; es erweist sich auch, daß die
Verteilung der russischen Aufträge an die deutsche Industrie
lediglich unter händlerischen und nicht unter großzügigen
wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Die Handelsver-
treter der Sowjetunion ziehen es vor, billige Gelegenheits-
geschäfte abzuschließen, anstatt laufende geschäftliche Verbin-
dungen anzustreben, die den deutschen Firmen auf Jahre
hinaus Abgabemöglichkeit sichern würden. Durch den Mangel
solcher langfristigen Geschäftsbeziehungen sinkt der Handel
mit Sowjetrußland zu einem Gelegenheitsgeschäft herab,
was die Gewährung von Krediten außerordentlich erschwert.
Dazu kommt noch, daß die politischen und äußeren Lebens-
bedingungen im Sowjetstaat durchaus nicht dazu angetan
sind, die Arbeit der deutschen Wirtschaft zu erleichtern. Die
eigentümliche Auffassung und Anwendung des Sowjetrechts,
das oft im Widerspruch zu unserem Rechtsempfinden steht,
war schon oft die Ursache von Konflikten, die das deutsch-
russische Verhältnis zu trüben drohen. Die Auslegung des
Vertrages von Rapallo ist keine eindeutige, und auch die
kürzlich in Berlin durch Gerichtsbeschluss verhinderte Ver-

Die Untersuchungskommission der Reichsregierung im Ruhrgebiet

Niedertracht um die Technische Nothilfe (s. Reichstag) — Für eine englisch-amerikanische Politik in China?

Das Reichskabinett hat am Mittwoch sich mit der Lage
im Ruhrgebiet beschäftigt und beschlossen, zunächst eine Kom-
mission von Mitgliedern des Reichswirtschaftsministeriums,
des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsfinanzmini-
steriums in das Ruhrgebiet zu entsenden, um festzustellen, in
welchem Umfange Mißstände bei der Verteilung der Unter-
stützungsgelder, die zu einem erheblichen Teil vom Reich auf-
gebracht werden, vorgekommen sind.

Das Reichskabinett hat dabei zunächst noch nicht die
Absicht, eine Abänderung der preussischen Bestimmungen für
die Unterstützung der Ausgesperrten zu fordern. Es handelt
sich vorläufig nur um eine Prüfung der Sachlage. Gleich-
zeitig hat auch die preussische Regierung eine Kommission in
das Ruhrgebiet geschickt. Außerdem hat sich das Reichs-
kabinett aber auch mit der Frage beschäftigt, ob nicht nun-
mehr von der höchsten Stelle des Reiches aus der
Versuch einer Vermittlung im Ruhrgebiet

gemacht werden muß. Die Erwägungen darüber sind noch
nicht abgeschlossen. Es ist aber damit zu rechnen, daß das
Reichskabinett, vor allem nachdem der Düsseldorf-Regie-
rungspräsident Bergemann mit den Vermittlungsver-
handlungen völlig gescheitert ist, eine Persönlichkeit
ernannt, die im Einvernehmen mit den Arbeitgebern und
den Arbeitnehmern der Metallindustrie des Ruhrgebietes
neue Vermittlungsverhandlungen beginnt.

Von der Reichsregierung soll inzwischen eine Persönlich-
keit ausgewählt worden sein, die die Vermittlungssaktion im
Eisenrevier übernehmen soll. Ueber die Persönlichkeit ist
Näheres noch nicht bekannt. Die in der Presse für den Ver-
mittlungsvorschlag genannten Namen Simons, Brauns
und Dr. Stresemanns sollen für diese Aktion nicht in
Frage kommen.

Generalstreik?

Düsseldorf. Von Gewerkschaftsseite verlautet, daß sich
der Bundesauschuß des Allgemeinen Deutschen Gewer-
schaftsbundes mit der durch die Absperrung geschaffenen
Lage und den möglicherweise zu treffenden Maßnahmen be-
schäftigen wird. Daran geknüpft sind Gerüchte, daß hierbei auch
die Frage einer allgemeinen Abwehr-Bewegung gegen die
Forderungen der Arbeitgeber und sogar eines Gene-
ralstreiks entschieden werden solle, dürften zum minde-
sten den Tatsachen vorauslaufen.

Der Schiedspruch für die märkische Metallindustrie verbindlich.

Berlin. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch
über die Lohnniedrigkeit im Bezirk der märkischen Me-
tallindustrie Hagen-Schwelm für verbindlich erklärt.

Neue Streitigkeiten?

Bodum. Wie aus Effen berichtet wird, beschäftigen sich
die drei am Tarifvertrag beteiligten Metallarbeiterverbände
mit der Frage des Arbeitszeittarifs. In einer Reihe
von Massenversammlungen sowohl des Deutschen Metall-
arbeiterverbandes als auch des Christlichen Gewerkschafts-
verbands wurden Entschlüsse gefaßt, in denen die Gewerkschafts-
instanzen erachtet wurden, das Arbeitszeitabkommen zu kün-
digen und die allgemeine Wiedereinführung der achtstündigen
Arbeitszeit für sämtliche Arbeiterkategorien zu fordern.

Der deutsche nationale Arbeiterbund und im
Wahlkreis Düsseldorf-West erklärte, daß er im nationalen und
volkswirtschaftlichen Interesse die sofortige Deckung der Be-
triebe für erforderlich halte. Würde die Absperrung nicht
baldigt aufgehoben, so müsse der Deutschnationale Arbeiter-
bund Niederrhein ein Nothgesetz fordern, das der Verbind-
lichkeitsklärung des Schiedspruches auch praktisch Geltung
und Wirksamkeit verschafft.

Für eine englisch-amerikanische Politik in China?

London, 30. Nov. Das Wiederaufleben des eng-
lisch-japanischen Bündnisses wird auch in weiteren Kreisen
als vollkommen unmöglich bezeichnet, aber auch die gemein-
same Front in China begegnet namentlich auf liberaler und
arbeiterparteilicher Seite gewissen Besorgnissen insofern, als
sie zu einer anti-amerikanischen Front führen könnte. Wie
es scheint, würde man eine englisch-amerikanische Politik in
China einer Zusammenarbeit mit Japan vorziehen und am
liebsten ein gemeinsames Vorgehen aller drei Mächte sehen.
Während aber das britische und amerikanische Interesse im

fern Osten übereinstimmen und beide Mächte an einer
Politik der offenen Tür entscheidend interessiert sind, weichen
die japanischen Ziele hiervon wesentlich ab.

Außer Eisenbahntariferhöhung auch Porioverteuerung?

Wegen Einführung des Achtstundentages bei Reichsbahn und Post.

Die kürzlich erfolgte Ankündigung der Reichsbahn,
daß sie eine weitere Erhöhung der Tarife vornehmen müsse,
wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit oder eine abermalige
Erhöhung der Gehälter und Löhne vorgenommen werden
müßte, hat den Abgeordneten Dr. Quack veranlaßt, an den
Reichsverkehrsminister die Bitte zu richten, den sogenannten
Informationsausschuß des Reichstages einzuberufen. Der
Abgeordnete Quack hat daraufhingewiesen, daß angehängt
schon ein Beschluß des Reichskabinetts vorliegen soll, wonach
in allen Reichsverwaltungen und Reichsbetrieben der Acht-
stundentag durchgeführt werden müsse. Die Mehrbelastung
einer solchen Maßnahme bezifferte sich für die Reichs-
bahn auf eine Viertelmilliarde.

Auch die Post hat Sorge wegen eines Kabinettsbeschlusses
über die Einführung des Achtstundentages. Nach Verteilung
des Reichspostministeriums ist ein derartiger Beschluß
des Kabinetts allerdings noch nicht gefaßt. Das Reichspost-
ministerium beziffert die bei einem solchen Beschlusse not-
wendige Vermehrung der Kräfte auf 15.000 Beamte und er-
klärt außerdem, daß Mehrkosten zwischen etwa 50
bis 80 Millionen im Jahre entstehen würden.

Ein vernünftiger Antrag.

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete von Rohr
hat an die Generaldirektion der Reichsbahn folgenden Brief
gerichtet: „In sämtlichen Speisewagen der Mitropa
wird ausländisches Obst (insbesondere Apfelsinen, Bananen,
Weintrauben und amerikanische Äpfel) angeboten. Jede
Mack, die für solches Obst abgegeben wird, geht dem deut-
schen Obstbau und der deutschen Wirtschaft verloren. Seder-
Einkauf ausländischer Ware schädigt die deutsche Handels-
bilanz. Ich glaube, daß die deutsche Reichsbahn eine solche
Schädigung deutscher Interessen nicht wünscht und bitte
daher, der Mitropa aufzugeben, keinerlei ausländisches Obst
mehr in ihren Speisewagen auch nur mitzuführen.“

Wie die Besatzung im Rheinland haust.

Im Reichstagsausschuß für die besetzten
Gebiete erörterte der Zentrumsgesandte Hofmann
die Notlage dieser deutschen Landchaften. Die Städte hoffen
auf Hilfe vom Reich auf dem Wege der produktiven Erwerbs-
losgemäße in den schwierigen Wintermonaten. Es sei
aber wohl wenig Aussicht vorhanden. Der Redner ging auf
die Polizeilasten, auf die Industriespionage und auf die so-
genannte unsichtbare Besatzung ein. Er betonte, daß sich die

Ueberfälle von Militärpersonen auf Frauen und Mädchen

in der letzten Zeit wieder sehr vermehrt hätten.

Reichsverkehrsminister von Guérard beschäftigte sich
mit der Denkschrift, die der Ausschuß früher von der Re-
gierung über die Lage der Wirtschaft im besetzten Gebiet
eingefordert hatte. Der Minister freifte auch die Erwerbs-
losigkeit und äußerte sich, daß öffentliche Aufträge in grö-
ßerem Umfange an das besetzte Gebiet gegeben werden sollten.
Ueber die von der Wirtschaft dringend geforderten drei
Rheinbrücken teilte der Minister mit, daß die letzte Entsch-
eidung bei der Botschafterkonferenz liege. Diese wolle vor der
Stellungnahme die gesamte Lage der Eisenbahnen im besetz-
ten Gebiet und in der entmilitarisierten Zone prüfen. Man
könne jedenfalls mit einer baldigen Inangriffnahme der
Arbeiten nicht rechnen. Die

Anwerbungen von Deutschen für die Fremdenlegion

seien ein trauriges Kapitel. Zwar würden Sammeltrans-
porte nicht mehr durchgeführt, doch seien noch immer Werber
tätig, um junge Deutsche zu verschleppen. Zur Bekämpfung
der Werbepionage seien Schritte des Auswärtigen Amtes
notwendig. Der deutschnationale Abgeordnete Lind und
der Volksparteiler Dr. Zapp wandten sich gegen die von den
Franzosen betriebene Werbepionage.

Soll Deutschland vor vollendete Tatsachen gestellt werden?

Nachdem vor einigen Tagen Boinecaré erklärt hatte,